

## **Vortrag SPD Landesparteitag**

**5. März 2005**

Dr. Werner Marnette

Vorstandsvorsitzender Norddeutsche Affinerie AG

Es gilt das gesprochene Wort

Guten Morgen und herzlich Willkommen meine Damen und Herren,

im Namen der Mitarbeiter der Norddeutschen Affinerie begrüße ich herzlich die Bundestags- und Bürgerschaftsabgeordneten, die Bezirksabgeordneten und Delegierten dieses Landesparteitags; ganz besonders begrüße ich die früheren Ersten Bürgermeister: Hans Ulrich Klose, Henning Voscherau und Ortwin Runde. Mit jedem von Ihnen verbinden sich wichtige Etappen in der Entwicklung unseres Unternehmens.

Es ist für uns eine große Ehre, dass sich Ihre traditionsreiche Partei in unserer Alten Schlosserei zusammen gefunden hat, um hier über die zukünftigen Geschicke unserer schönen Stadt zu diskutieren.

Sie befinden sich in einer Fabrikhalle, in der bis vor einigen Jahren noch schweißtreibend gearbeitet wurde.

Die Norddeutsche Affinerie und die SPD haben 2 Dinge gemeinsam:

Beide entstanden in der Periode der Industrialisierung. Ferdinand Lasalle war bereits in Preußen energisch politisch für den so genannten 3. Stand und die Arbeiterschaft tätig als 1866, also vor 139 Jahren, die Norddeutsche Affinerie AG gegründet wurde.

Ebenso vehement wie die Hamburger SPD treten wir an, den Industriestandort Hamburg zu erhalten, der Erosion der Industrie in Hamburg entgegenzutreten und die industriellen Aktivitäten wieder auszubauen. Dieses habe ich mit großer Freude in Ihrem Leitantrag

gelesen. Denn nur noch 17 % Industrieanteil in der Freien und Hansestadt Hamburg sind einfach zu wenig.

Meine Damen und Herren,

die Norddeutsche Affinerie ist ein in der internationalen Kupferwelt führendes und wirtschaftlich erfolgreiches Unternehmen.

Natürlich sind wir gewinnorientiert, bekennen uns aber auch zu unseren Verpflichtungen zum Menschen und zum Gemeinwesen. Unser Eintreten für die res publica ist umfangreich und reicht von der Unterstützung von Schulen bis zur Förderung von hamburgischen Sportvereinen; von der Restauration kupferner Brunnen und Kirchendächer ganz zu schweigen

Die NA hat sich in ihren Unternehmensgrundsätzen den Prinzipien der Nachhaltigkeit sowohl in sozialer Hinsicht als auch im Hinblick auf Ressourcenschonung und Umweltschutz verpflichtet.

Die NA beschäftigt über 3.100 Mitarbeiter, davon knapp 2.000 am Standort Hamburg. Mit 150 Lehrlingen in Hamburg sind wir einer der größten Ausbilder in der chemischen Industrie in Norddeutschland; konzernweit sind es über 210 Auszubildende.

Wir stehen zur Ausbildung. Denn betriebliche und duale Ausbildung garantieren uns in Deutschland Wettbewerbsfähigkeit, einen Wettbewerbsvorsprung und höhere Qualifikation gegenüber unseren internationalen Wettbewerbern.

Für uns ist es auch selbstverständlich, dass wir als Großbetrieb zur Integration von Einwanderern beitragen. Auf der Basis unseres Vertrages mit der Schule Slomanstieg hier auf der Veddel verbringen jede Woche die 8-Klässler einen Tag in der Aus- und Fortbildung. So führen wir ganz praktisch die Kinder und Jugendlichen aus Migrantenfamilien an die berufliche Arbeit heran. Sie sollten einmal sehen mit wie viel Engagement die Mädchen und Jungen hier technisch arbeiten und wie glücklich viele ausländische Eltern sind, dass ihre Kinder einen großen deutschen Industriebetrieb von innen kennen lernen können.

Meine Damen und Herren,  
die NA kann sich nur gesellschaftlich engagieren, wenn sie selbst Geld verdient. Doch hier ist der Knackpunkt. Anders als für die internationalen Konzerne wird es für die in Deutschland verbleibenden ansässigen Unternehmen, wie die NA, immer schwerer, Gewinne zu erzielen. Für Standorttreue werden wir vom Staat und Gesetzgeber noch bestraft.

Zurecht wird in der politischen Öffentlichkeit auf den Widerspruch zwischen Rekordgewinnen und Personalabbau hingewiesen. Allerdings können Unternehmen keine Arbeitsplätze einzig allein aus moralischer Verpflichtung schaffen. Wir beschäftigen hochqualifizierte Mitarbeiter, um Kupfer zu erzeugen, zu Produkten weiterzuverarbeiten und mit höchster Servicequalität Kunden zu bedienen. Doch dafür sind Vertrauen in die Zukunft des Industriestandortes und mehr Investitionen in Hamburg und an unseren anderen Standorten in Deutschland notwendig.

Die Politik trägt die Verantwortung, die Rahmenbedingungen für Investitionen zu verbessern – und das vor allem im Vergleich zu den Bedingungen bei unseren internationalen Wettbewerbsländern.

Ich rede hier nicht dem Steuerdumping oder dem Rückzug des Staates das Wort. Aber eines muss doch klar sein: In das Zentrum der Politik gehören die Themen Beschäftigung, Wachstum und internationale Wettbewerbsfähigkeit.

Über 5 Millionen Arbeitslose sind eine gesellschaftliche und politische Katastrophe. 5 Millionen Arbeitslose, das sind 5 Millionen Frauen und Männer, die enttäuscht, unzufrieden und ohne eine echte Lebensperspektive sind. Das könnte ein Sprengsatz für unsere Demokratie werden. Weimar sollte uns eine fortdauernde Warnung sein.

Die Politik hat über 2 Jahrzehnte mehr oder weniger zugeschaut, wie das Heer der Arbeitslosen immer weiter answoll. Gerhard Schröder hatte im Wahlkampf 1998 die Sprengkraft des Problems richtig erkannt. So schnell wie möglich wollte er die Zahl der damals 4 Millionen Arbeitslosen auf 3,5 Millionen drücken. Es ist leider nichts daraus geworden.

Ich begrüße, dass der Bundeskanzler das Gesprächsangebot von Frau Merkel und Herrn Stoiber angenommen hat. Manchmal entstehen daraus Wunder. In der aktuellen Situation brauchen wir parteienübergreifende Koalitionen der Vernunft.

Das Schlimmste wäre jetzt die so genannte Politik der ruhigen Hand. Die ruhige Hand bedeutet nichts anderes als politisches Nichtstun. Das kann

sich Deutschland angesichts eines beinharten internationalen Wettbewerbs nicht leisten. Mit jedem Tag würde das Heer der Unzufriedenen und Perspektivlosen größer. Politische Rattenfänger hätten leichte Beute!

Allerdings, Wundermittel zur Senkung der Arbeitslosigkeit gibt es nicht. Zuerst aber muss die Bundesregierung und müssen alle politisch Verantwortlichen Vertrauen schaffen, damit die Unternehmen langfristig planen und investieren können. Gift für jede wirtschaftliche Erholung aber ist es, wenn eine Regierung jede Woche mit einer neuen Ankündigung zu Steuern und Abgaben oder Verordnungen die Bürger verunsichert. Als Beispiel sei nur das Antidiskriminierungsgesetz erwähnt. Wird es die Rechte der Bürger wirksam schützen oder wird es im Wesentlichen für die Unternehmen hohe Kosten verursachen und als Einstellungsbremse wirken? Was wir brauchen ist Verlässlichkeit in der Steuer- und Umweltpolitik, Bürokratieabbau und mehr Wettbewerb auf den Energiemärkten.

Die Menschen wissen inzwischen ebenso wie Sie, dass täglich 1.000 Arbeitsplätze in Deutschland wegfallen, davon allein 600 in der Produktion. Von rund 8 Mio. industriellen Arbeitsplätzen werden nach Schätzung der Boston Consulting Group bis 2010 fast 2 Mio., also ein Viertel, verschwunden sein. Das sind alptraumartige Berechnungen.

Deutschland gleicht dem Riesen Gulliver, der sich mit tausend Schnüren selbst gefesselt hat.

Wie sehen diese Fesseln aus? Vor unserer Haustür in Hamburg erleben wir bereits seit 25 Jahren die Auswucherungen des Planungsrechts.

Schon in den 70er Jahren war klar gewesen, dass die Hansestadt angesichts des rasanten Wachstums des Containerverkehrs neue Umschlagflächen am seeschifftiefen Wasser benötigte. Der Blick fiel auf ein Fischerdorf innerhalb des Stadtgebiets an seeschifftiefem Wasser. Der Kampf um Altenwerder aber dauerte vor den Gerichten 15 Jahre, weil 2 Einzelpersonen nicht wollten und letztlich ihr Grundstück von der Allgemeinheit vergoldet bekamen.

Heute bildet der Containerterminal Altenwerder einen wesentlichen Teil des boomenden Hafens und ist aus dem Wirtschaftsleben Nordeuropas nicht mehr weg zu denken. Das gleiche Elend erlitten die Stadt und die Metropolregion Hamburg im Herbst/Winter 2004 mit einer Obstbäuerin und einem evangelischen Pastor in Neuenfelde.

Ich rede nicht einer Planungswillkür das Wort. Aber es kann doch keinen Zweifel darüber geben, dass die Schaffung neuer Arbeitsplätze oder die Absicherung einer ganzen Region nicht vom materiellen Egoismus oder dem Wunsch nach Selbstverwirklichung einer einzelnen Person abhängig sein darf.

Ich rede auch nicht einer willkürlichen Naturzerstörung das Wort. Aber es ist den Menschen in Deutschland nicht mehr vermittelbar, dass sie Arbeitsplätze verlieren oder keine neuen geschaffen werden, weil ein Vogel wie der ominöse Wachtelkönig präzise an dem Platz brütet, wo eine industrielle oder gewerbliche Fertigung errichtet werden soll. Der Wachtelkönig ist in Norddeutschland und weit über Deutschlands Grenzen hinaus Synonym für die Vernichtung von Arbeitsplätzen und wirtschaftlichen Attentismus geworden.

Wir sind für natürliche Ausgleichsmaßnahmen – so schwer auch dieser Ausgleich in einer Industrielandschaft zu sein scheint. Aber inzwischen begeben wir uns mit der Flora Fauna Habitat-Richtlinie EU-rechtlich in ein Justizdickicht, aus dem wir, so fürchte ich, kaum noch unbeschädigt hinausfinden werden. Dadurch dass wir immer noch keine Reform der Arbeitsteilung zwischen Bund und Ländern zu Stande gebracht haben, entwickelt sich die EU-Gesetzgebung zu einem Unguided Missile für den Standort Deutschland.

Im Herbst 2004 hat die Presse ein wahrhaft düsteres Bild über die Zukunft des Industriestandortes Deutschland gezeichnet. Darin spiegeln sich die Schätzungen und Prognosen renommierter Unternehmensberater und Forschungsinstitute wider. Meine Damen und Herren, man kann es nicht oft genug wiederholen, was die Boston Consulting Group prognostiziert: Jeden Tag gehen in Deutschland 600 Industriearbeitsplätze verloren. Bis 2010 werden es fast 2 Mio. sein.

Auch Prognos erwartet einen solchen Abbau. Die meisten Industriebranchen werden massiv Beschäftigte verlieren. Nach Einschätzung von Roland Berger wollen 90 % der Unternehmen bis 2009 Teile ihres Betriebes ins Ausland verlagern.

Nicht nur der Siemens-Konzern hat inzwischen mehr Mitarbeiter im Ausland als in Deutschland. Traditionsunternehmen wie Miele und Märklin brechen mit ihrer Doktrin, zu 100 % in Deutschland zu produzieren. Continental verlagert seine Produktion zunehmend nach Osteuropa und ist selbst davon überzeugt, dass in 20 Jahren in Deutschland kein einziger Reifen mehr produziert wird.



Wie in den USA kommt in Deutschland eine Debatte auf, dass mehr und mehr Arbeitsplätze für qualifizierte Arbeitskräfte ins Ausland gehen: Lohn-Buchhaltung, Software-Entwicklung und andere Serviceleistungen übernehmen gut ausgebildete und hoch motivierte Mitarbeiter in Prag, Bukarest, Kiew und Bombay zu einem Bruchteil der deutschen Arbeitskosten – bei gleicher Qualität.

Ich möchte damit nicht sagen, dass wir unsere Löhne auf das Niveau in Osteuropa oder Asien senken sollen. Ich möchte lediglich auf die Wettbewerbssituation hinweisen und auf die Dringlichkeit, in Deutschland endlich die Lohnnebenkosten, die Steuern und Abgaben zu senken.

Denn, was sind neben dem von mir erwähnten Planungsrecht die Ursachen der Misere? Sicherlich mitentscheidend sind die Steuer- und Abgabenpolitik.

Beispiel: Wenn die Norddeutsche Affinerie AG einem Mitarbeiter einen Euro netto auszahlen möchte, erzeugt dies Personalkosten für das Unternehmen von über 2,50 €. Ein nicht mehr vertretbares Missverhältnis !

Im internationalen Vergleich können wir uns dies bislang nur durch höchste Qualität, Produktivität und Innovationen leisten – leider ist Made in Germany in Gefahr, seinen guten Ruf in der Welt zu verspielen. Defizite in Forschung und Entwicklung, in der Qualität und im Service sind nicht mehr von der Hand zu weisen. Auch die NA beschäftigt sich daher sehr intensiv mit neuen Aktivitäten im Ausland; aber nicht zu Lasten des Standorts Hamburg.

Übertriebene Umweltschutzziele und immer erneute nationale Alleingänge gefährden die industrielle Produktion in Deutschland und auch in der Metropolregion Hamburg.

Wir sind Vorreiter im Umwelt- und Klimaschutz. Deutschland übernimmt 75 % der europäischen Minderungsverpflichtung des Kyoto-Protokolls. Folge davon ist ein erneuter Alleingang beim Nationalen Allokationsplan - mit fatalen wirtschaftlichen Folgen.

Deutschland verpflichtet sich, schon in der Einführungsphase des Emissionshandels die CO<sub>2</sub>-Emissionen zu senken, obwohl sich bis 2008 zunächst einmal dieses neue Instrument einspielen und bewähren muss. Dabei wird völlig außer Acht gelassen, dass die Industrie über ihre Selbstverpflichtung eine erhebliche Vorleistung erbracht hat. Während andere Länder wie China, USA und Indien bei der Verschmutzung kräftig zulegen und weiter zulegen dürfen, wird der Reduktionserfolg der deutschen Industrie vom Bundesumweltminister mit einem Federstrich zunichte gemacht. Und der Bundeswirtschaftsminister muss weitgehend tatenlos zusehen!

Auch wird von der Bundesregierung wie selbstverständlich in Kauf genommen, dass Ökosteuer, EEG, KWK und jetzt zusätzlich Emission Trading zu einer dramatischen Mehrfachbelastung für die deutsche Wirtschaft führen werden. Entweder Ökosteuer oder Emission Trading kann doch nur die Lösung für den Klimaschutz sein!

Ich vermisse hier den Aufschrei der Parteien und Gewerkschaften, weil diese Doppelbelastung zu einem erheblichen Verlust an

Wettbewerbsfähigkeit und damit an Beschäftigung in Deutschland führen wird.

Der Ausbau der Windenergie symbolisiert diesen Umweltwahn. Wir sind mit über 16.000 MW Windmühlenkapazität Weltmeister bei der Stromerzeugung aus Wind, unsere Landschaft ist verspargelt.

Norddeutschland trägt im Übrigen die größte Last.

Bitte verstehen Sie mich nicht falsch. Ich bin für Regenerative Energie, aber trete ein für Degressivität und bin ein Gegner permanenter Subventionen.

Am Montag hat die Deutsche Energie Agentur (dena) ihre Studie zum Ausbau der Windkraft bis 2015 vorgestellt. Schon heute ist die Netzsicherheit nicht mehr vollständig gewährleistet.

Bereits im Herbst 2004 fragte Thilo Bode, ehemaliger Greenpeace-Chef, wo das Eingeständnis bleibe, dass die Förderung der Windenergie ein Technologieförderungsprogramm sei, aber als CO<sub>2</sub>-Reduktionsprogramm viel zu viel Geld koste. Nach Angaben der dena kostet die Vermeidung von einer Tonne CO<sub>2</sub> durch Windenergie bis zu 168 €. In Wahrheit sind es deutlich mehr als 190 €. Ein modernes Kohlekraftwerk liegt bei 10 bis 20 €. Und die Kernenergie vermeidet sogar 120 bis 150 Mio. Tonnen Kohlendioxidemissionen pro Jahr.

Im internationalen Vergleich zahlen deutsche Industrieunternehmen inzwischen nach Italien die höchsten Strompreise in Europa.

Aber diese hohen Preise sind hausgemacht. Die Verkettung von ideologisch getriebener Politik und einseitigen Interessen der Energiewirtschaft gefährdet die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen

Industrie und Wirtschaft. Betroffen aber sind auch die Bürger und vor allem auch der Mittelstand. Allein in Hamburg sind für diesen Verbraucherkreis die Strompreise seit 2000 um über 35 % gestiegen. Die NA muss seit dem Jahre 2000 mit jährlichen Mehrbelastungen von 20 Mio. € leben.

Auf dem Strommarkt hat sich ein Oligopol von vier großen Anbietern etabliert, das über 80 % der inländischen Erzeugungskapazitäten verfügt. Zahlreiche Beteiligungen an Stadtwerken und regionalen Versorgen vergrößern die Marktmacht. Nach der Liberalisierung im Jahr 1999 wurde die Entwicklung wettbewerbsfähiger Märkte durch die Konzentration der Erzeugungs- und Netzkapazitäten unterbrochen. Hieran hat die Politik kräftig mitgewirkt.

Um es ganz klar zu sagen: Teile der deutschen Politik haben sogar ein hohes Interesse an steigenden Energiepreisen. Sie nehmen dabei das Abwandern und Sterben von Industrie - Wirtschaftsbetrieben und den millionenfachen Verlust an Arbeitsplätzen billigend in Kauf.

Energiepolitik ist Standortpolitik! Energiepolitik gehört daher in eine politische Hand, und zwar in die Hand des Bundeswirtschaftsministers!

Meine Damen und Herren, welche Schritte sind notwendig, um die industrielle Basis in Deutschland zu sichern den Beschäftigungsabbau zu stoppen.

Fassen wir uns zunächst alle an die eigene Nase. Der Bürger muss mehr Eigenverantwortung übernehmen und sich vom Versorgungsstaat emanzipieren. Stichworte sind: Höhere Bereitschaft zum beruflichen

Wechsel und zum lebenslangem Lernen. Um es deutlich zu sagen: Hartz IV bietet viele Chancen, gerade für arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger. Dabei kommt es auf die richtige Mischung von Fordern und Fördern an.

Ich baue aber auch auf die gute Zusammenarbeit zwischen Arbeitnehmern und Unternehmensführungen, so wie wir dies im Hause NA praktizieren. Ich teile aus eigener Erfahrung nicht die Auffassung, dass die Mitbestimmung ein Irrtum der Geschichte sei.

Von den Unternehmern ist mehr Mut zu Innovationen und Wettbewerb zu fordern. Wir müssen auf den warmen Subventionsregen verzichten. Denn diese Mittel müssen von allen anderen im harten internationalen Wettbewerb erwirtschaftet werden und fehlen für Investitionen, Forschung und Entwicklung sowie Ausbildung und Qualifizierung. Das ist umso schmerzlicher, da wir den Standortwettbewerb nur durch erstklassige Produkte auf der Grundlage höchster Produktivität erreichen können. Höhere Aufwendungen für Forschung und Entwicklung und mehr Investitionen in unternehmensinterne Aus- und Fortbildung sichern langfristig industrielle Arbeitsplätze in Deutschland und auch in Hamburg.

Die deutsche Industrie und das Handwerk haben still und klaglos die Aufgabe geschultert, Ausländerkinder und einen Großteil der Schulabbrecher ins Berufsleben zu integrieren. Die Schule fürs Leben ist nicht mehr die Bundeswehr, sondern Industrie und Gewerbe. Wo sonst hätten die konzernweit 210 Mädchen und Jungen, die ihre Ausbildung bei der Norddeutschen Affinerie absolvieren, einen Ausbildungsplatz gefunden?

Meine Damen und Herren,  
die wirtschaftliche Initialzündung in Deutschland ist nur möglich, wenn die politischen Fesseln gesprengt werden. Überbürokratisierung ist das größte Hindernis der wirtschaftlichen Dynamik in Deutschland. Senkung der Steuern und Abgaben, mehr Wettbewerb auf dem Energiesektor folgen als nächstes. Um eine Energiekrise in Deutschland und Hamburg abzuwenden, ist es dringend erforderlich, im Rahmen eines langfristig angelegten Energiekonzeptes die Laufzeit der Kernkraftwerke in Deutschland zu verlängern. Damit gewinnen wir Zeit, eine sichere, umweltfreundliche und international wettbewerbsfähige Energieversorgung aufzubauen. Die Wirtschaft braucht Planungs- und Investitionssicherheit in einem wettbewerblichen Rahmen.

Der Staat muss endlich wieder investieren: Neben dem Ausbau der in weiten Teilen brüchigen Verkehrsinfrastruktur geht es dabei in erster Linie um Bildung und Forschung. Diese Ausgaben sind kein staatlicher Konsum, sondern Investitionen in die Zukunft unseres Landes.

Ich wünsche mir, dass von dem heutigen Landesparteitag der SPD neue Impulse für mehr Wachstum und Beschäftigung in Hamburg und in der Metropolregion ausgehen werden. Allen Delegierten wünsche ich daher Kraft und Mut zum erfolgreichen politischen Ringen im Interesse unserer Stadt. Carpe Diem, sagt der Lateiner ...Nutze den Tag.